

(Abg. Müller [Zwickau].)

(A) irgend etwas, so hätte die Liberalen die Haltung der Ersten Kammer zu einer ganzen Anzahl der Beschlüsse der Zweiten Kammer — ich erinnere an die Anstellung von Beamten aus dem Arbeiterstande für die Gewerbeinspektion — in der vorigen Session überzeugen können, wie herzlich überflüssig dieses agrarisch-feudale Gebilde ist, wie schädlich es für die politische und soziale Fortentwicklung Sachsens ist. Wir werden den reaktionären Einfluß der Ersten Kammer in dieser Session noch oft verspüren. Gelegenheit ist oft dazu da. Dann werden wir die Nationalliberalen an ihre zwiespältige Haltung erinnern und sie verantwortlich machen für das, was durch Beschlüsse der Ersten Kammer in gesetzgeberischer Beziehung im Interesse des Volkes versäumt worden ist.

Statt den Liberalen Englands, auf die ja vorhin der Begründer der Interpellation zu sprechen kam und mit denen Sie allerdings nur den Namen gemeinsam haben, nachzueifern und das sächsische Oberhaus endgültig in den Ruhestand setzen zu helfen, wie man es in England mittlerweile fertig gebracht hat, streben unsere Nationalliberalen nach nichts weniger als danach, die agrarische Interessenvertretung zu einer agrarisch-industriellen Interessenvertretung auszugestalten, trotzdem sie von der Regierung und von der Ersten Kammer gewissermaßen als politisch unreife Leute behandelt worden sind. Der Verlauf der Interpellation und die Antwort der Regierung haben dies doch deutlich genug gelehrt. Man traut ihnen gar nicht zu, in der Ersten Kammer den Einfluß ausüben zu können, von dem sie glauben, daß er das Allheilmittel für das Gedeihen der Industrie und des Landes sein soll. Schlagen Sie nur einmal die Angaben in der Denkschrift des Verbandes Sächsischer Industrieller auf S. 9 und 7 nach, da können Sie das Trauerlied von Jeremias Stresemann lesen, und aus der Begründung der Interpellation Hettner und der Beantwortung der Regierung hallt es ja auch heute wider. Als so unmündig werden die Nationalliberalen und unsere Industriellen von der Regierung behandelt, daß sie nicht einmal die Wahl der ihnen früher zugestandenen 5 Vertreter in der Pairskammer bewilligt erhalten sollen. Nun, man wird sich ja schließlich damit zu trösten wissen. Wenn es nach den Aussichten, die der Herr Minister heute gemacht hat, die Masse bringen wird, dann werden die Präzidentenschmerzen, werden die Klagen über die Nichtanerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ihrer Anhänger namentlich unter den Beamten seitens der Vertretung der konkreten

Staatsauffassung mehr und mehr verstummen, dann wird man feilschen und auch handelseinig werden. Nun komme man uns aber nicht, wie es in der Eingabe des Verbandes Sächsischer Industrieller geschieht, mit dem Einwande der Steuerleistung, auf Grund deren Vertreter der Industrie in der Ersten Kammer sitzen müßten! Nach diesen und ähnlichen Motiven müßten nämlich Vertreter der arbeitenden Klasse erst recht und schon lange in der Ersten Kammer sitzen. Nach dieser Richtung hin sieht es mit der Gerechtigkeit ebenso windig aus wie in manchen anderen verfassungsrechtlichen Fragen. Nach dem Grundsätze der Steuerleistung nämlich hätte die Erste Kammer überhaupt keine Existenzberechtigung mehr und hätte sie sie nie gehabt, wenn man sich daran erinnert, wie die sächsische Regierung sich mit aller Macht gegen die Beseitigung der 4 untersten Steuerklassen sträubt, weil sie angeblich die Millionen der Armsten nicht entbehren kann oder nur dann, wenn man diese politisch entrechtet. Dazu sind ja auch die Konservativen bereit, wie sie von jeher zu allen politisch und wirtschaftlich reaktionären Dingen ihren Mann stellen. Nach Dr. Mangler ist selbst die ärgste amtliche Wahlbeeinflussung der Freiheit der Wähler als etwas Selbstverständliches anzusehen, und so etwas nennt man dann bei den nationalen Parteien Gerechtigkeit und Wahrheit. Wir nennen es politische Vergewaltigung und Rechtlosmachung des Volkes. Meine Herren! Nach den Ausführungen des Herrn Abg. Hettner, des Herrn Ministers v. Bixthum und des Herrn Abg. Dr. Spieß ist keinen Augenblick daran zu zweifeln, daß die Herrschaften sich einigen werden. Es werden die Konservativen und die Liberalen mit der Regierung als Dritter im Bunde zweifellos eine Basis finden, um die Erste Kammer im Unternehmerinne zu restaurieren, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Nationalliberalen auf ganz anderem Gebiete, beispielsweise bei der Beschränkung des Koalitionsrechtes, bei der Schulreform, der Kommunalgesetzgebung und anderen gesetzgeberischen Fragen, genügende Konzessionen machen und sich im übrigen recht ruhig und nett zu der Regierung verhalten. Da die Herren von der nationalliberalen Partei im Kuhhandel Bescheid wissen und genügend Übung darin haben, dürfte es ihnen gar nicht schwer fallen, den nationalen und ministeriellen Erisapfel unter sich zu teilen. Wir können den Verlauf der Dinge ruhig abwarten, komme, was da mag. Daß das Land diese Komödie der nationalliberal-industriell-feudalen Verirrungen richtig einschätzt und die